

Daniela De Ridder

Wissenschaftspolitik an Herausforderungen orientieren

SPD-Bundestagsfraktion: Antworten für eine sozial gerechte Bildungs- und Forschungspolitik



Erfolg im Berufsleben: Bildung gilt nach wie vor als Schlüssel für einen sozialen Aufstieg.

Foto: S.Hofschlaeger/Pixelio

Bildung gilt als Schlüssel für eine gelungene Biografie; Chancengleichheit beim Zugang zu Bildungsangeboten ist daher aus Sicht der SPD elementar, um Prozesse sozialer Aufstiege zu ermöglichen. Dabei muss die Politik die Innovationskraft unseres rohstoffarmen Landes sicherstellen, um international anschlussfähig zu bleiben und Lösungen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu liefern.

Eine kritische Analyse der aktuellen Hochschulpolitik zeigt, dass die Chancen, die in der Änderung des Grundgesetzes und seines Artikels 91b und der Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern liegen, bei Weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Um zu vermeiden, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen zwischen den Herausforderungen der deutlich entfalteten wissenschaftlichen Globalisierung und der wachsenden Digitalisierung oszillieren, müssen auf bundespolitischer Ebene Rahmenbedingungen kreiert werden, die Verlässlichkeit und Orientierung anbieten.

Wer heute eine Ausbildung oder ein Studium abschließt, kann sicher sein, dass im Lebensverlauf durch gesellschaftspolitische Veränderungen Anpassungsqualifikationen notwendig sein werden, die nicht nur der Arbeitsplatzsicherung dienen, sondern auch eine hohe Relevanz für die individuelle Vita haben. Schon ein Blick auf die wachsende Zahl der Studierenden und auf den Nachfragemangel in der beruflichen Bildung zeigt, worin aktuelle bildungspolitische Herausforderungen liegen. So wird die Studierendenschaft immer diverser, was nach veränderten Studienangeboten und Curricula, modernen Lehrformaten und Lernumgebungen sowie adäquate Infrastrukturen im Bologna-Raum verlangt.

Auf die bildungspolitischen Erfolge dieser Legislaturperiode kann die SPD-Bundestagsfraktion jedoch stolz sein: Als spiritus rex zahlreicher Hochschulpakete konnte sie substantielle Beiträge dazu leisten, die Exzellenzstrategie für Universitäten zu verstetigen; dank des Einsatzes für die Forschung an Fachhochschulen (FH) und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) sowie der finanziellen Flankierung der Forschungsorganisationen stellt sie die Leistungsfähigkeit und die internationale Konkurrenzfähigkeit der angewandten Forschung und der Grundlagenforschung sicher, wenn auch die Overheads für das Management der Vorhaben noch deutlich erhöht werden sollten. Dabei nahm sie auch die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Blick. Wer Abstiegssängste abbauen will, muss jene Angebote flankieren, die mehr Planungssicherheit bei den wissenschaftlichen Qualifikationswegen ermöglichen.

Die Arbeitsbedingungen in Lehre und Forschung müssen attraktiv bleiben; schließlich dürfen sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen darauf verlassen, dass in den Berufsfeldern jenseits von Academia die Arbeitsbedingungen flexibler und daher in Bezug auf die Vereinbarung von Beruf und Familie keineswegs unattraktiver geworden sind. Dies macht nicht nur eine evidenzbasierte Perspektive auf Diversitäts- und Internationalisierungsaspekte oder die Work-Life-Balance der Beschäftigten sowie adäquate Lösungsstrategien notwendig, sondern erfordert auch eine kritische Konkurrenzanalyse in Bezug auf die Beschäftigungsstrukturen – auch durch Hochschulforschung.

„**Wer die berufliche Qualifikation attraktiver machen will, muss deutlich machen, dass der Ausbildungsberuf keine Sackgasse darstellt, sondern die Aufstiegsqualifikation etwa durch ein anschließendes FH-Studium weitere Karriereoptionen eröffnet.**“

Fort- und Weiterbildungsangebote steigern

Ganz besonders zu spüren bekommen dies die FHs und HAWs, die im professoralen Bereich heute schon deutliche Nachwuchssorgen plagen. Wer die Frage beantworten will, wie diese Hochschulen ihren Qualitätsanspruch in Lehre, Studium, angewandter Forschung sowie Wissens- und Technologietransfer sicherstellen sollen, muss Antworten liefern: Es bedarf für die spezifischen Qualifikationswege einer FH-Professur eines eigenen Programmes mit „Perspektivprofessuren“, das neben der wissenschaftlichen auch die berufspraktischen Etappen bis hin zur Berufung umfasst.

Mit der Stärkung der FH und HAW hält die Wissenschaftspolitik ohnehin ein Asset in Händen: Wer die berufliche Qualifikation attraktiver machen will, muss deutlich machen, dass der Ausbildungsberuf keine Sackgasse darstellt, sondern die Aufstiegsqualifikation etwa durch ein anschließendes FH-Studium weitere Karriereoptionen eröffnet – und dies, unterstützt durch ein weiteres BAföG-Programm – nicht nur in den MINT-Fächern, sondern auch in den zunehmend akademisierten Berufen des Gesundheitswesens oder in den Wirtschaftswissenschaften. Gleiches gilt für die entlang des Lebenslaufs zu entwickelnden und zu finanzierenden Fort- und Weiterbildungsangebote, die keineswegs nur an den Hochschulen angesiedelt sein müssen, sondern auch innerbetriebliche Angebote der Erwachsenenbildung sein sollten.

Zugleich erlaubt dies eine neue Erkenntnisperspektive für die Zukunft der Hochschulpakete: Welchen Stellenwert haben – angesichts der enormen gesellschaftlichen Herausforderungen – jene Zukunftsszenarien, die nicht nur für die Grundlagenforschung, sondern auch für ganz pragmatische, anwendungsorientierte Forschungsdesigns Fragen aufwerfen? Während sich die Wissenschaft der Friedens- und Konfliktforschung widmet, ist die Politik gehalten, Krisen aktiv zu bewältigen. Für Friedensprozesse müssen (europäische) Strukturen (re)aktiviert werden, die den Menschen in Kriegs- und Krisenländern eine Zukunft bieten und zugleich Brain Drain-Prozesse vermeiden. Für bildungspolitische Ansätze zur Bekämpfung von Fluchtursachen bedarf es einer funktionierenden Wirtschaft, deren Fundament durch gute Bildung und arbeitsmarktnahe Qualifikationen gelegt wird. So sollten nach dem Erfolgsmodell der Deutsch-Jordanischen Hochschule weitere Hochschulen im arabischen und afrikanischen Raum entstehen. Diese Hochschulen bieten den (deutschen) Studierenden zudem den zwingend notwendigen interkulturellen Austausch.

Neben der Internationalisierung und der Außenwissenschaftspolitik stellt die Versorgung der ländlichen Regionen mit Fachkräften eine weitere Herausforderung dar. Als Garanten für die Vermittlung von Fachkompetenz spielen die Hochschulen als Innovationssysteme eine tragende Rolle, da sie mit ihrer starken regionalen Verankerung und ihren Netzwerken mit Unternehmen als Bindeglied zwischen beruflicher und akademischer Bildung fungieren. Mit der Förderinitiative „Innovative Hochschule“ konnten erste Schritte zum Ausbau von Kooperationen im Sinne gelingender Third Mission-Konzepte begangen werden, die es nun auszubauen gilt.

Fazit

Dies ist alles andere als eine triviale Ausgangsbasis für bildungs- und forschungspolitische Entscheidungsträger und Institutionen: Wie also sicherstellen, dass in der bisher vorhandenen bildungspolitischen Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden? Die SPD-Bundestagsfraktion erschließt sich ihre Antworten und Lösungskonzepte aus dem Dialog mit den Akteuren der Wissenschaft und legt zugleich großen Wert auf die Interaktion mit der Zivilgesellschaft. Sie begrüßt und unterstützt partizipative Projekte, die neben mehr Transparenz auch Raum für Engagement und damit eine moderne Wissens- und Informationsgesellschaft schaffen.



Dr. Daniela De Ridder (MdB) ist Sozial-, Kommunikations- und Wirtschaftswissenschaftlerin, seit 2013 Mitglied im Bildungsausschuss und stellv. Leiterin der SPD-AG „Neue Chancen – Wertschätzung für Bildung und Arbeit“.

Foto: Privat

Stichwörter
Wissenschaftspolitik
Bildung
Forschung
Lehre
Qualifikationen

Kontakt:

Dr. Daniela De Ridder, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: +49 30 22771585
 Fax: +40 30 22776585
 E-Mail: daniela.deridder@bundestag.de
 www.daniela-de-ridder.de